



REPORT

Queerfeindlichkeit online

Hass, Hetze und Gewalt gegen LGBTIQ* im Netz

Mai 2023

Menschen, die lesbisch, schwul, bisexuell, intersexuell, transgender sind oder sich auf andere Weise nicht-heteronormativ identifizieren (LSBTIQ* oder engl. LGBTIQ*)¹, erfahren häufig Herabsetzungen und Anfeindungen im Netz. Dies reicht von subtiler Verunglimpfung bis hin zu offener Hetze. Queerfeindlichkeit ist auch ein wesentlicher Bestandteil rechtsextremer und islamistischer Propaganda. Junge User:innen sind im Netz dem Risiko ausgesetzt, mit entsprechendem Hass konfrontiert und dabei selbst in ihrer geschlechts- bzw. gender-identitären Entwicklung beeinträchtigt zu werden oder Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu übernehmen.

Queerfeindlichkeit in Sozialen Medien

Online wie offline ist in den vergangenen Jahren ein verstärkter Einsatz für mehr Akzeptanz und die Rechte von queeren Menschen zu beobachten. Vor allem im so genannten „Pride“-Monat Juni bekunden Menschen, Institutionen oder Unternehmen ihre Solidarität mit den LGBTIQ*-Communities, etwa über die Verwendung der Regenbogenfarben. Unter entsprechenden Bekundungen im Netz, z. B. Beiträgen auf Sozialen Medien wie Instagram, YouTube, Twitter oder TikTok, finden sich allerdings auch schnell ablehnende Kommentare bis hin zu offenen Anfeindungen, die sich gegen queere Menschen richten.

Auch rechtsextreme wie islamistische Gruppierungen stilisieren die aus ihrer Sicht „entarteten“ oder „krankhaften“ sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten zu einer vermeintlichen Bedrohung ihrer ideologischen Vorstellungen von Rollen- und Geschlechterbildern². Sie werten sie als Zeichen des Niedergangs von Volk, Nation oder islamischer Gemeinschaft und göttlicher Ordnung.

jugendschutz.net hat über das Jahr 2022 im Netz gezielt beobachtet und Erkenntnisse darüber zusammengetragen, wie extremistische Akteur:innen Hass und Hetze gegen LGBTIQ* verbreiten und damit auch Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung beeinträchtigen oder gar gefährden können.

Zum Beispiel, weil Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Diskriminierungen als akzeptabel wahrgenommen werden können oder sie selbst in ihrer eigenen sexuellen oder gender-bezogenen Identität verunsichert oder eingeschränkt werden. Dabei zeigen sich, bei allen Unterschieden, über die Extremismusphänomene hinweg vergleichbare Muster und Überschneidungen³.

Verstoßinhalte meldete jugendschutz.net den betreffenden Diensten zwecks Entfernung. Waren deutsche Verantwortliche erkennbar, wurden die Fälle an die Aufsicht abgegeben.

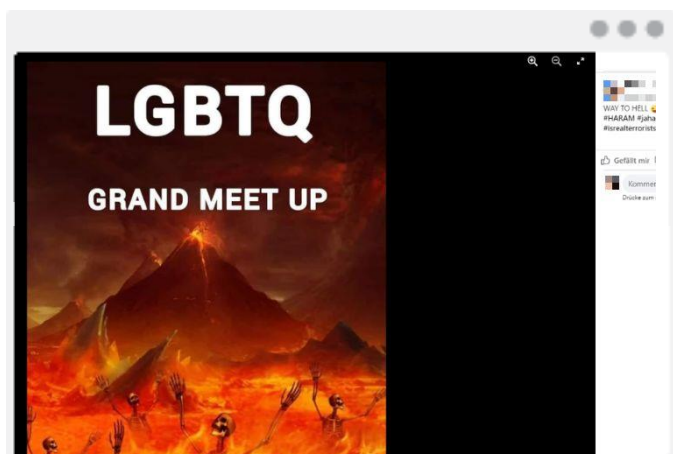
LGBTIQ* als „Sünde“ und „Zeichen des Niedergangs“

Häufig wird in islamistisch religiös-fundamentalistischem Verständnis die Ablehnung von Homosexuellen theologisch hergeleitet. Sämtliche sexuelle Orientierungen oder Geschlechtsidentitäten, die gegen heteronormative Vorstellungen verstoßen, werden als Sünde und Einflüsterungen des Teufels verdammt. Dementsprechend sei LGBTIQ*-Personen die Hölle sicher oder ihnen wird sogar explizit das Höllenfeuer gewünscht.

¹ Bezeichnungen wie LGBTIQ* und „queer“ werden uneinheitlich verwendet und sind Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Einen Überblick über auch im Report genutzte Begriffe bietet das „[Glossar der Vielfalt](#)“ des LSVD.

² Mehr zu rechtsextremen Geschlechter- und Rollenbildern in unserer [PraxisInfo: Starke Kämpfer und sorgende Mütter?](#)

³ In diesem Zusammenhang wird auch von „[Brückennarrativen](#)“ gesprochen, zu denen neben Antisemitismus auch Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen gezählt werden.



Höllenfantasien für Angehörige der LGBTQ*-Community.
(Quelle: Facebook; Original unverpixelt)

Das Auflösen oder Überwinden traditioneller sexueller oder geschlechtlicher Normen wird in rechtsextremen Online-Diskussionen und -Inhalten weniger als Sünde im Sinne einer religiösen Verirrung gesehen. Doch auch hier findet sich die Vorstellung einer Art Fehlentwicklung weg von dem, was im ideologischen Weltbild als „natürlich“ gilt. Offene Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit sowie wie das Engagement dafür werden als Zeichen eines gesellschaftlichen oder kulturellen Niedergangs gedeutet.

Verschwörungsfantasien: „Homo-Lobby“ und LGBTQ* als Feindbild

Aufklärung über und Sensibilisierung für das Thema LGBTQ* wird in rechtsextremen wie islamistischen Diskussionen häufig als angebliche Frühsexualisierung und „verwirrende“ Erziehung von Kindern und Jugendlichen abgelehnt. Sexualkundeunterricht, der altersangemessen über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt aufklärt, gilt als Beeinflussung. Kinder würden verunsichert und in negativer Weise von traditionellen und vermeintlich natürlichen Rollen- und Geschlechterbildern weggeführt.

Auch die 2022 vorgestellten und kontrovers diskutierten Eckpunkte eines „Selbstbestimmungsgesetzes“ (u. a. zur Erleichterung der Personenstandsänderung) wurde in vergleichbarer Weise gemäß der eigenen ideologischen Sicht interpretiert.⁴ In Hasskommentaren zum Thema fanden sich Äußerungen, die Transpersonen lächerlich machten oder als „widernatürlich“ und bedrohlich abwerteten. Generell stellen für Rechtsextreme sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Teil des „Genderwahnsinns“ einen vermeintlich geistigen Verfall der Moderne und eine existenzielle Bedrohung traditioneller Werte dar.

Hinter den Bemühungen für wachsende Akzeptanz und die Förderung vielfaltssensibler Aufklärungsarbeit seitens der Regierung stecke der „perfide Plan“ einer „Homo-Lobby“, die „angestammte“ Bevölkerung zu schwächen.

Auch Gesetze, wie beispielsweise das erwähnte Selbstbestimmungsgesetz, werden als Teil dieser Verschwörung gesehen, mit deren Hilfe die heterosexuelle Bevölkerung reduziert werden soll, um sie so einfacher austauschen zu können.⁵

Zudem ginge es der LGBTQ*-Bewegung darum, etwa Homosexualität zu bewerben oder Kinder und Jugendliche u. a. „schwul oder lesbisch zu machen“. Das Engagement vor allem von Homosexuellen und Transpersonen für Vielfaltsbildung sei dabei in Wirklichkeit darauf ausgerichtet, sexuelle Handlungen mit Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen und zu legitimieren.

⁴ Inzwischen liegt ein [Gesetzesentwurf](#) des Bundesgleichstellungsministeriums und des Bundesjustizministeriums vor.

⁵ Weitere Informationen zum rechtsextremen Verschwörungsnarrativ des „Großen Austauschs“ im [Fact Sheet des IDZ Jena](#).



Selbstbestimmungsgesetz als angeblicher Beleg für „kranke Phantasien“ korrupter, „pädophiler“ Politiker:innen. (Quelle: Telegram; Original unverpixelt)

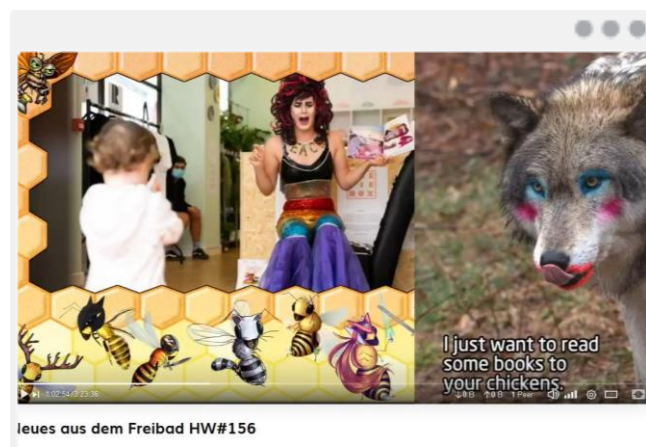
Im Zentrum solcher herabwürdigender Verschwörungsfantasien steht das Bild von LGBTIQ*-Personen als „pädophil“ oder gar pädokriminell. Vor dieser Gefahr gelte es die Gesellschaft zu schützen.

Pathologisierung und Kriminalisierung: Queere Menschen als „Bedrohung“

Neben unspezifischen Abwertungen von LGBTIQ*-Personen oder der ihnen pauschal zugeschriebenen Lebensweise als z. B. „abscheulich“ oder „ekelhaft“ findet sich oft die Diffamierung als „krank“. Mitunter werden sie auch mit Krankheiten assoziiert oder sogar mit solchen verglichen. Die 2022 in Europa und den USA vermehrt vorkommenden Affenpocken sahen Rechtsextreme etwa als Gelegenheit, homosexuellenfeindliche Onlinepropaganda zu betreiben.

Berichte über die Verbreitung der Infektionskrankheit erweckten den Anschein, nur männliche Homosexuelle seien betroffen, da der überwiegende Teil der ersten Infizierten vermehrt diesem Personenkreis zugeschrieben wurden. Rechtsextreme knüpften daran an und verbreiteten unter dem Hashtag „Gaypox“ homosexuellenfeindliche Memes und Kommentare, in denen sie Homosexualität mit Krankheiten gleichsetzten.

Neben der zugeschriebenen Krankhaftigkeit werden LGBTIQ*-Personen sogar pauschal als mögliche Sexualstraftäter:innen und so als direkte Gefahr für die Gesellschaft verunglimpft. Abscheu und Hass gegen sie soll besonders geschürt werden, indem Kinder und Jugendliche zu ihren Opfern oder „Beute“-Zielen erklärt werden.



Eine Podcast-Bildmontage verbreitet das Bild von Transpersonen als Gefahr für Kinder. (Quelle: Gegenstimme.tv)

An diese Vorstellungen von LGBTIQ*-Identitäten als schädlich oder bedrohlich schließen Aufrufe zum (Selbst-)Schutz der eigenen Gemeinschaft oder Gesellschaft sowie zur Gegenwehr in Form aktivistischer Kampagnen an.

Vermeintlicher „Schutz“ und „Gegenwehr“ gegen LGBTIQ*

Immer wieder lässt sich beobachten, wie Rechtsextreme und Islamist:innen die LGBTIQ*-Bewegung in ihrer queerfeindlichen Onlinepropaganda als Feindbild identifizieren, vor dem es sich zu „schützen“ gilt. Dabei inszenieren sie sich häufig als Aktivist:innen und tarnen Queerfeindlichkeit hinter Kampagnen zum Schutz von Kindern, der Familie oder vor vermeintlich islamfeindlichen Entwicklungen in westlichen Ländern.

Dazu instrumentalisieren Extremist:innen z.B. bekannte Fußballer für queerfeindliche Propagandazwecke. Auf Instagram und Twitter versuchten Islamist:innen etwa im Mai 2022, die Hashtag-Kampagne #WeAreAllIdrissa zu starten, die jedoch nur von wenigen User:innen aufgegriffen wurde. Der senegalesische muslimische Fußballer Idrissa Gueye hatte sich geweigert, ein Trikot mit der Regenbogenfahne zu tragen, mit dem sein französischer Verein symbolisch die LGBTIQ*-Bewegung unterstützen wollte. Islamist:innen, die der verbotenen Organisation Hizb ut-Tahrir nahestehen, glorifizierten den Sportler daraufhin als Widerstandshelden, der sich schützend vor die Muslim:innen und deren Kinder stelle.



Der Islam (symbolisiert durch den Schriftzug des islamischen Glaubensbekenntnisses) bewahre die muslimische Familie vor dem „unheilvollen LGBTIQ*-Zugriff“. (Quelle: Facebook; Original unverpixelt)

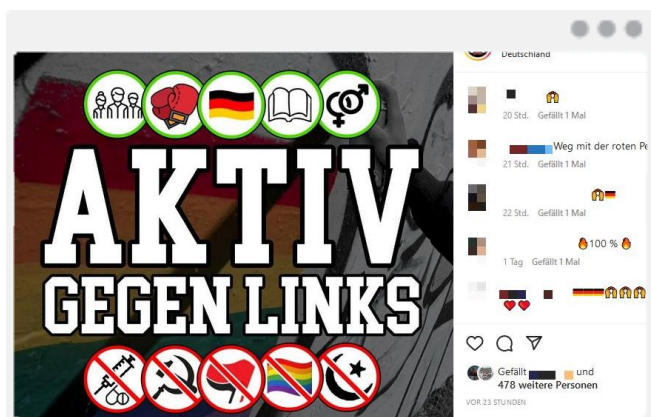
Zur Abwehr vermeintlich schädlicher LGBTIQ*-Ideologie werden auch teils autoritäre Maßnahmen begrüßt, die sich gegen demokratisches Engagement für queere Personen richten. So teilte ein islamistischer Prediger auf Instagram das Foto eines türkischen Polizisten, der eine Regenbogenfahne in eine Mülltonne wirft, nachdem in Istanbul eine „Pride“-Veranstaltung durch die Polizei niedergeschlagen wurde. In der Türkei wisse man – so die Bildunterschrift – wie „das Problem“, also LGBTIQ*-Aktivismus oder gar LGBTIQ*-Personen selbst, zu „lösen“ sei. Im Kommentar dazu ist von einer neuen Art der „Ungläubigen“ (kufr) die Rede, die Muslim:innen „aufgezwungen“ würde.



Entsorgung der Regenbogenfahne durch türkische Polizisten als vermeintliches „Vorbild“ zum Umgang mit LGBTIQ*. (Quelle: Instagram; Original unverpixelt)

Rechtsextreme betonen, dass es zum Schutz von Kindern und traditionellen Rollen- und Geschlechterbildern notwendig sei, sich gegen eine vermeintlich „linke“ Indoktrination durch „Genderwahnsinn“ zur Wehr zu setzen.

Neben Posts und Memes, die User:innen dazu aufrufen, aktiv zu werden, finden sich im Netz auch Bilder und Videos von Aktionen rechtsextremer Gruppen, wie sie etwa CSD-Paraden stören oder mit Graffitis und Plakataktionen im öffentlichen Raum Stimmung gegen queere Menschen machen.



Rechtsextreme fordern dazu auf, auch gegen LGBTIQ* aktiv zu werden.
(Quelle: Instagram; Original unverpixelt)

Von Tötungsphantasien: Angriffe auf Transpersonen

Im Netz finden sich auch (zahlreiche) Anfeindungen und Drohungen gegenüber konkreten Personen mit LGBTIQ*-Hintergrund. So konnte jugendschutz.net ab Mitte 2022 beobachten, wie insbesondere Menschen mit Transidentität angesichts des geplanten Selbstbestimmungsgesetzes Ziel von Online-Attacken wurden.

Das betraf etwa wiederholt Politikerin Tessa Ganserer (Bündnis 90/Die Grünen) als eine von zwei offen als Transperson lebenden Bundestagsabgeordneten. Immer wieder wurde und wird sie persönlich beleidigt, ihre geschlechtliche Identität bestritten und sie als Repräsentantin einer angeblich durch die Bundesregierung aufgezwungenen Diversität diffamiert und attackiert. Solche Beiträge in den Kommentarspalten Sozialer Medien eskalieren schnell hin zur Entmenschlichung der Betroffenen oder zu Tötungsphantasien.



Während der Ausgangspost die geschlechtliche Identität bezweifelt, fordern Kommentare den gesellschaftlichen Ausschluss bis hin zur Ermordung.
(Quelle: VK; Original unverpixelt)

Drohungen und terroristische Gewalt gegen LGBTIQ*

Neben direkten Online-Attacken auf LGBTIQ*-Personen finden sich im Netz auch Inhalte, in denen queere Menschen insgesamt bedroht und reale Gewalttaten gegen sie bejubelt oder angestachelt werden.

Auf Instagram etwa wurde das Bild einer verummten Person in Kampfmontur und mit mehreren Schusswaffen geteilt, das mit der Überschrift „First gay pride parade! Can't wait!“ und den regenbogenfarbenen Worten „Making history“ versehen war.

Mit der Kommentierung „Jihad time“ wird angedeutet, dass Gewalt gegen LGBTIQ* in dschihadistischen Kreisen als Teil des vermeintlich gottgewollten Kampfes gegen sogenannte „Ungläubige“ gutgeheißen wird.



Vermummt, in Kampfmontur und bewaffnet, um auf der Gay-Pride-Parade „Geschichte zu schreiben“. (Quelle: Instagram; Original unverpixelt)

Noch offensichtlichere Drohungen gegen queere Menschen wie etwa die Botschaft „We will fucking kill you!“ wurden unter dem reichweitenstarken Hashtag #lgbtq auf Instagram geteilt und mit der Regenbogenfahne markiert. So werden Inhalte, die Gewalt gegen queere Menschen verherrlichen, mithilfe populärer Hashtags gezielt auch in die LGBTIQ*-Community gestreut, um einzuschüchtern und Angst zu verbreiten.

Die drastischen Gewaltfantasien, etwa der rechtsextremen Online-Szenen, sind auch mit realen Gewalttaten verbunden. Ein 19-jähriger Rechtsterrorist erschoss im Oktober 2022 in Bratislava zwei LGBTIQ*-Personen vor einer Bar, die als Treffpunkt queerer Menschen gilt. Zuvor war er auf Plattformen und Imageboards aktiv, wo er seine Tat ankündigte und ein ausführliches, u. a. frauen-, homo- und transfeindliches Hass-Pamphlet veröffentlichte.

Selbst behauptet er darin, sich durch Imageboards und rechtsterroristische Kanäle auf Telegram radikalisiert zu haben, und ruft zu weiteren Terrorakten auf. Ebenso wie der 22-jährige Täter, der im November 2022 fünf Menschen in einem queeren Club in Colorado Springs tötete, werden in rechtsextremen Gruppen und Kanälen jene Terroristen und ihre Gewalttaten glorifiziert.

Sogar die expliziten Darstellungen von solchen und weiteren Taten finden sich online. Der Instagram-Post eines islamistischen Profils zeigte etwa eine gefesselte Person mit verbundenen Augen, die von zwei bewaffneten Männern offenbar gewaltsam über eine Brüstung geworfen wird. Das Bild, das vermutlich aus einem Video der Terrormiliz „Islamischer Staat“ stammt, wurde mit Regenbogenfarben unterlegt und mit dem Hashtag #HappyPrideMonth versehen.

Auch Videos, die die Folterungen und Erniedrigungen von als homosexuell gedeuteten Menschen durch russische Neonazis zeigen, kursieren seit 2013 im Internet. Sequenzen aus solchen Videos werden für menschenverachtende Memes genutzt, so u. a. auf VK oder Telegram.⁶

LGBTIQ*-Feindlichkeit oft im Bereich zulässiger Meinungsäußerungen

Alle großen Social-Media-Plattformen verbieten Queerfeindlichkeit als Hassrede in ihren Gemeinschaftsrichtlinien. [TikTok](#) zum Beispiel duldet nach eigenen Angaben keine Abwertung von oder Angriffe auf Gruppen und Personen aufgrund der Eigenschaften Gender und Geschlechtsidentität.

⁶ Vertiefende Informationen zu den Gewaltvideos im jugendschutz.net-Dossier „[Okkupay Pedofilyay](#)“: [Neonazis machen Jagd auf Homosexuelle](#).

Aufrufe zu Gewalt oder zu Angriffen gegen bestimmte Personen aufgrund u. a. ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung sind ebenso bei [Instagram](#) unzulässig. [YouTube](#) untersagt Hassinhalte, die sich gegen die Geschlechtsidentität der angegriffenen Person oder von Personengruppen richten.

Bei 20 Fällen registrierte jugendschutz.net volksverhetzende Inhalte. 5 Fälle, bei denen ein deutscher Verantwortlicher ersichtlich war, wurden an die Medienaufsicht abgegeben, damit dort Verfahren eingeleitet werden können. In 15 Fällen wurden die Inhalte durch nicht identifizierbare User über eine der großen Plattformen wie YouTube und Instagram verbreitet und nach einer Meldung durch jugendschutz.net entfernt. Größtenteils unreguliert hingegen kann LGBTIQ*-Hass auf der Ausweichplattform Telegram verbreitet werden, auf der sich auch immer wieder terroristischer Content findet. Wie vergangene Berichte von jugendschutz.net zeigen, reagiert der Dienst nur selten auf Meldungen insbesondere von User:innen und geht selbst gegen drastische Verstöße kaum proaktiv vor⁷.

Die meisten gesichteten Inhalte, die Stimmung gegen LGBTIQ* machten oder in denen einzelne Personen wie auch Gruppen herabgesetzt wurden, bewegten sich noch im Rahmen zulässiger Meinungsäußerungen oder der Ausübung der Religionsfreiheit.

Maßnahmen zum Schutz junger User:innen notwendig

LGBTIQ* als Themenkomplex ist auch in der breiten Öffentlichkeit ein Feld vielfältiger Kontroversen. Fragen nach der Einteilung oder aber Grenzverschiebungen und -auflösungen von Kategorien der Sexualität und Geschlechtlichkeit berühren sensible soziale wie individuelle Lebensbereiche und Vorstellungen.

Kinder und Jugendliche kommen unweigerlich mit entsprechenden Debatten auch online in Kontakt, umso mehr als sie im Netz selbst nach Informationen und Erklärungen zu diesen Fragen suchen.

In Social Media und gerade auf extremistischen Angeboten laufen sie Gefahr, auf ideologische Deutungsweisen zu stoßen, die LGBTIQ* systematisch abwerten und queere Menschen wie Homosexuelle oder Transpersonen zur Zielscheibe von Hass und Hetze werden lassen. Dabei besteht die Gefahr, in der Entwicklung hin zu einer gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit beeinträchtigt oder gefährdet zu werden, indem Vorstellungen der Ungleichwertigkeit oder gar Unwertigkeit bestimmter Menschengruppen übernommen werden. Gegebenenfalls kann auch eine eigene nicht-heteronormative Identität als minderwertig empfunden und Angst vor Diskriminierung oder gar Attacken erzeugt werden.

Dabei bieten gerade die Sozialen Medien Möglichkeit und Gelegenheit, hinsichtlich der individuellen sexuellen Identitätsentwicklung Orientierung, Unterstützung in Krisen und positive Austauschmöglichkeiten zu finden, etwa indem unter Gleichaltrigen Erfahrungen und Erlebnisse in geschützten Räumen geteilt werden können.

Sich selbst allerdings im Netz – auch nur unbedacht – beispielsweise als schwul, lesbisch, trans- oder bisexuell öffentlich zu präsentieren oder Solidarität für entsprechende Orientierungen und Identitäten zu bekunden, kann schwere Hass-Angriffe zur Folge haben.

Neben Strafverfolgung und Medienaufsicht sind vor allem Anbieter aufgefordert, Kinder und Jugendliche vor Hassinhalten gegenüber queeren Menschen zu schützen.

⁷ Mehr über Telegram als ein zentraler Knotenpunkt rechtsextremer Onlinepropaganda und zu den Reaktionen des Dienstes auf Meldungen im Report [Telegram: Zwischen Gewaltpropaganda und „Infokrieg“](#).



Hierzu braucht es neben niedrighschwelligen und effektiven Meldesystemen auch Mechanismen und Hilfestellungen, die z.B. Kanalbetreiber bei der Content-Moderation unterstützen.

Gerade bei Echtzeitformaten, in denen sich junge Nutzer:innen live präsentieren, kann das Ausfiltern bestimmter Begriffe Hassspiralen eindämmen.⁸ Auch Optionen, das eigene Profil auf „privat“ zu schalten, Inhalte nur mit ausgewählten Nutzer:innen zu teilen, andere User:innen zu blockieren, Kommentare zu eigenen Beiträgen zu löschen oder ganz zu unterbinden, sind Schutzmöglichkeiten für Nutzer:innen. Weiterhin sollte Sorge getragen werden, dass Hashtags wie #lgbtq nicht zur Verbreitung queerfeindlicher Hassinhalte gezielt missbraucht werden.

Nicht zuletzt können Diensteanbieter:innen neben Institutionen der schulischen oder politischen Bildung⁹ dazu beitragen, über LGBTIQ* sowie Formen und Aspekte von Queerfeindlichkeit aufzuklären. Dies etwa, indem sie bei der Eingabe entsprechender zentraler Suchbegriffe auf seriöse eigene oder externe Informationsangebote verlinken.

⁸ Vgl. hierzu auch den jugendschutz.net-Report [Flüchtige Hasspropaganda. Kurz- und Echtzeit-Inhalte als Herausforderungen für den Jugendmedienschutz](#).

⁹ Siehe hierzu beispielsweise das [LSBTIQ-Lexikon der Bundeszentrale für politische Bildung](#).

Weiterführende Informationen



www.jugendschutz.net

Meldemöglichkeiten



www.jugendschutz.net/verstoss-melden

Über jugendschutz.net

jugendschutz.net fungiert als das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet. Die Stelle recherchiert Gefahren und Risiken in jugendaffinen Diensten. Sie wirkt darauf hin, dass Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen beseitigt und Angebote so gestaltet werden, dass Kinder und Jugendliche sie unbeschwert nutzen können.

Die Jugendministerien der Länder haben jugendschutz.net 1997 gegründet. Die Stelle ist seit 2003 an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angebunden. jugendschutz.net wird finanziert von den Obersten Landesjugendbehörden, den Landesmedienanstalten und gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

jugendschutz.net nimmt über seine Online-Beschwerdestelle Hinweise auf Verstöße gegen den Jugendmedienschutz entgegen. Verstöße im Netz können gemeldet werden unter:
<https://www.jugendschutz.net/verstoss-melden>

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

kjm
Kommission für
Jugendmedienschutz

die
medienanstalten



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Kontakt

jugendschutz.net
Bahnhofstraße 8a, 55116 Mainz

Inhaltlich verantwortlich

Stefan Glaser
Bahnhofstraße 8a, 55116 Mainz

JUGEND
SCHUTZ.NET